

DIW-Herbstprognose: Deutsche Wirtschaft auf Stagnationskurs

Fast Food statt Gourmet

Konjunkturprognosen verfolgen das Auf und Ab einer Volkswirtschaft und zeigen, wo im Zyklus wir uns gerade befinden. Wenn das Institut der deutschen Wirtschaft (IW-Kurzbericht 68/24) jüngst konstatiert, nur der Dienstleistungssektor – Bildung, Erziehung, Gesundheit – habe Deutschland vor einer schweren Rezession bewahrt, so ist das indes keine konjunkturelle Schwankung, sondern der Ausdruck struktureller Änderungen: weg vom Markt, hin zum Staat. Nicht nur, daß das produzierende und das Baugewerbe (-2,8 bzw. -3,4 Prozent) stark einbricht; auch die Ausstattungsinvestitionen in diesen beiden Bereichen liegen 2024 zehn Prozent unter denen von 2019. Doch die Investitionen von heute sind das Wachstum von morgen. Wo soll jedoch der Aufschwung herkommen, wenn wenig investiert wird? Immerhin schlägt die desaströse Lage noch nicht voll auf die Beschäftigung durch, da einige Firmen angesichts der demographischen Lage Arbeitskräfte „hornten“, mithin versteckte Arbeitslosigkeit finanzieren.

Der Dienstleistungsbereich wuchs im ersten Halbjahr um 1,6 Prozent, was sich in einem um 2,2 Prozent steigenden öffentlichen Konsum widerspiegelt. Dieser ist das einzige Element im Bruttoinlandsprodukt (BIP), das kräftig wächst; die Exporte schrumpfen. Beschäftigung wird fast nur noch in staatsnahen Bereichen aufgebaut, einschließlich der Beamtenenschaft, deren Planstellenzahl allein beim Bund seit 2017 um 27 Prozent auf rund 194.000 zunahm (JF 33/24). Das Ganze geht zu Lasten der Arbeitsproduktivität, die geringer ist als im verarbeitenden Gewerbe. Sie sinkt auch mit dem Schrumpfen der Exportindustrie, so daß Deutschland Produktivitätsgewinne aus der internationalen Arbeitsteilung einbüßt.



von
Reiner Osbild

„Die Rechnung begleicht die schrumpfende industrielle Basis in Deutschland – aber wie lange noch?“

Der Arbeitsmarkt spiegelt die Krise wider. So ist trotz höherer Beschäftigung (+0,25 Prozent) die offene Arbeitslosenquote auf sechs Prozent (2,8 Millionen) gestiegen. Wie geht das zusammen? Nun, es ist eine Folge der Nettozuwanderung. Allein im ersten Halbjahr 2024 kamen 710.000 Menschen nach Deutschland, 18 Prozent davon aus der Ukraine und 15 Prozent aus den typischen Asylherkunftsländern. Die Ukrainer wandern in die Arbeitslosigkeit (45,4 Prozent) und Grundversicherung mit einer Quote von 63 Prozent. Bei den Zuwanderern aus Syrien, Afghanistan & Co. lauten die Quoten 29,9 und 45,1 Prozent, bei Bürgern aus den EU-Ländern sind es unter zehn Prozent.

Die Zuwanderung bläht die Zahl der Sozialfälle auf, und diese brauchen wieder mehr öffentlich Bedienstete zur Rundumversorgung. Ein perfektes Perpetuum mobile, das den dekarbonisierten Arbeitsmarkt transformiert: vom Fünf-Sterne-Restaurant zu McDonald's. Im halb-öffentlichen Bereich gibt es kaum Wettbewerb, so daß man, wie Kita-Erzieher schon vorexerziert haben, durch Streiks höhere Gehälter erzwingen kann, trotz geringer Produktivität. Die Rechnung begleicht eine schrumpfende industrielle Basis – aber wie lange noch? Ob die vor diesem Hintergrund vom IW prognostizierte Entspannung beim öffentlichen Defizit über Einmaleffekte hinaus von Dauer ist, muß bezweifelt werden. Denn die Mindereinnahmen an Steuern und die Mehrausgaben für Sozialtransfers dürften dann voll zu Buche schlagen, wenn Unternehmen pleite gehen, schließen oder abwandern und ihre Belegschaften auf Kosten der Solidargemeinschaft freisetzen.

Prof. Dr. Reiner Osbild ist Ökonom und Ordinarius an der Hochschule Emden/Leer.

Mögliche Übernahme der Commerzbank durch die italienische Unicredit

Verpatzte Reprivatisierung

Von **Thorsten Polleit**

Die Übernahme der Commerzbank (CoBa) durch die Mailänder Unicredit scheint ins Haus zu stehen. Und das Bundesfinanzministerium spielt dabei eine zentrale Rolle. Es hat der italienischen Bank 4,5 Prozent des CoBa-Aktienanteils, den es im Zuge der Finanzkrise 2009 erworben hat, direkt verkauft. Die Unicredit hat gleichzeitig weitere 4,5 Prozent an der Börse erworben – mit dem Ziel, das Frankfurter Geldhaus zu übernehmen. Man könne, so Unicredit-Chef Andrea Orcel, Synergien nutzen und ein schlagkräftiges Bankinstitut erschaffen, das der angestrebten EU-Bankenunion Leben einhaucht.

Nun hagelt es Kritik. Das FDP-Finanzministerium von Christian Lindner habe die Aktien zum Schaden der Steuerzahler zu billig verkauft und die Unicredit-Ambitionen ignoriert. Schwerwiegender jedoch ist wohl, daß die Bürokraten im Finanzministerium sich befugt fühlen, eine aktive Rolle bei der Gestaltung der CoBa-Zukunft – immerhin Deutschlands viergrößte Bank – einzunehmen. Doch es ginge auch anders: Es besteht schließlich die Möglichkeit, die Aktienanteile nach und nach an der Börse zu verkaufen, und damit sie nicht gleich

und offen in die Hände strategischer Rivalen zu legen. Zumal der Verkauf einer heimischen Bank an einen ausländischen Konkurrenten Risiken birgt – EU-Bankunion hin oder her. Man denke nur einmal an eine erneute Krisensituation in der Bankenlandschaft. Erfahrungsgemäß orientieren sich die Geldhäuser dann schwerpunktmäßig auf ihren Heimatmarkt.

Das würde – wenn die neue Großbank aus Italien heraus gesteuert wird – abschbar hiesige kleine und mittlere Unternehmen und damit die deutsche Wirtschaft hart treffen, denn die CoBa hat sich als „Mittelstandsbank“ auf diese Kundengruppe konzentriert. Sie hat hier eine wesentliche Marktstellung erlangt. Bislang ist es zweifellos eine verpatzte Reprivatisierung der CoBa-Aktien. Daher stellt sich die bange Frage: Was wird das Finanzministerium mit den verbliebenen 12,5 Prozent an der Commerzbank machen? Als Hoffnung bleibt, daß sich die Ministeriumsentscheider aufmachen, das verbliebene Aktienpaket im Zuge eines vernünftigen Bietungsverfahrens zum höchstmöglichen Kurs zu verkaufen. Damit der Schaden für die Nettosteuerzahler wenigstens so gering wie möglich ausfällt.



Durch russischen Angriff zerstörtes Gebäude in Odessa: Die westlichen Finanzhilfen für die Ukraine stocken, doch die Zeit drängt

Hohe Risiken für Deutschland

EU-Finanzpolitik: 50-Milliarden-Dollar-Kriegskredit für die Ukraine / Wer haftet beim Ausfall?

DIRK MEYER

Wann ist ein Krieg reif für Verhandlungen? Es muß die Einsicht beider Seiten vorliegen, daß auf dem Verhandlungswege bessere Lösungen erreichbar sind als durch militärische Mittel – inklusive eigenem „Blutzoll“. Der am 24. Februar 2022 begonnene russische Angriffskrieg kommt in die „Reifejahre“. Die Ukraine setzt immer effektivere Waffensysteme des Westens ein, es findet eine Ausweitung des Krieges auf russisches Gebiet mit Fernwaffen und Landstreitkräften statt, das Ausmaß an Toten und Zerstörungen wächst täglich. Rußland droht mit dem Einsatz von Atomwaffen, massive Aufrüstungen führen beiderseits zu Kriegs- und Mangelwirtschaften, es herrschen allseitige Rekrutierungsprobleme. Hinzu kommt die offensichtliche, wenngleich offiziell bestrittene, Kriegsmüdigkeit des Westens. Die Militär-, Finanz- und humanitären Hilfen der USA summieren sich bis Juni 2024 auf umgerechnet 75,1 Milliarden Euro. Bei Deutschland kommen noch die Flüchtlingskosten von 28,24 Milliarden Euro hinzu, so daß sich die deutschen Hilfen auf 42,93 Milliarden Euro summieren.

Völkerrechtliche Bedenken und unsichere Rückzahlung

Doch die nationalen Finanzhilfen stocken. Im Bundeshaushalt 2025 sind die auf vier Milliarden Euro halbierten Ukraine-Hilfen durch geplante Ausgaben bereits überbucht, und neue Rüstungsgüter werden für die eigene „Kriegstüchtigkeit“ benötigt. Zudem hat die Regierung ihre Bürger die wahren Kosten von Beginn an nicht spüren lassen. Denn statt eines für jedermann merklichen Zuschlags zur Einkommensteuer („Ukraine-Soli“) hat man ein 100-Milliarden-Sondervermögen als Sonderkredit außerhalb der Schuldenbremse geschaffen, der ab 2031 zurückgezahlt werden muß.

Der ukrainische Staatshaushalt 2024 wurde bereits mit 24,5 Milliarden Dollar westlicher Hilfen und damit bis Juli zu 52 Prozent über Zuweisungen finanziert. Schon im Februar hatte die EU in ihrem Haushaltsrahmen 2021 bis 2027 der Ukraine weitere 50 Milliarden Euro an langfristigen Finanzhilfen, davon 33 Milliarden Euro als Kredit zugesichert (JF 17/24). Doch die Zeit drängt jetzt, denn die Ukraine muß gegenüber dem Internationalen Währungsfonds (IWF) die Finanzierung ihres

Haushalts 2025 darlegen. Sonst droht der Stopp des IWF-Hilfsprogramms sowie der Rückzug weiterer Geldgeber. Entsprechend fordert die Ukraine die schnelle Freigabe eines weiteren 50-Milliarden-Dollar-Kredits, den die G7-Staaten im Juni angedacht hatten. Wie soll das konkret geschehen?

Was liegt in dieser Finanzklemme näher als eine Ukraine-Finanzierung zu Lasten Rußlands. 260 Milliarden Euro Vermögenswerte der russischen Notenbank sind im Ausland festgesetzt. Davon liegen 173 Milliarden Euro beim belgischen Finanzdienstleister Euroclear. Allerdings bestehen völkerrechtliche Bedenken, ob ein Zugriff hierauf rechtens wäre. Denn nach Artikel 2 Absatz 1 der UN-Charta und herrschender Meinung sind diese hoheitlichen Vermögen grundsätzlich immunitätsgeschützt und einer Enteignung entzogen. Auch könnte dies den Investitionsstandort und den Euro als internationale Reservewährung beschädigen. Juristisch weniger kritisch scheint hingegen die Anweisung der jährlichen Vermögenserträge von 2,5 bis drei Milliarden Euro. Diese will man „hebeln“ – spricht damit einen 50-Milliarden-Dollar-Kredit finanzieren. Doch die Tücken liegen im Detail.

Der Kredit wäre längerfristig und hätte eine Laufzeit von wohl 20 Jahren. Doch nach einem möglichen Friedensabkommen wäre der Zugriff auf die Erträge des russischen Vermögens nicht mehr möglich. Auch gilt der EU-Beschluß für die Sicherung des eingefrorenen Vermögens nur für jeweils sechs Monate und muß regelmäßig verlängert werden. Sollte sich zukünftig Ungarn der erforderlichen Einstimmigkeit aller 27 EU-Mitglieder verweigern, würden die Sanktionen schlagartig enden

und die Zinserträge wegfallen. Sie müßten durch Haushaltsmittel ersetzt werden. Sodann wäre die Aufteilung der Kreditsumme zu klären. Gemäß einer Variante würden die EU und die USA je 20 Milliarden Dollar übernehmen, während der Rest von Japan, Großbritannien, Kanada und anderen Staaten gestellt würde. Doch seitens der EU bestehen rechtliche Hürden. So darf die EU keine „operativen Ausgaben ... mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen“ (Art. 41 Abs. 2 EU-Vertrag) aus ihrem Haushalt finanzieren.

Weitere Milliarden-Hilfen für ein Bollwerk westlicher Werte?

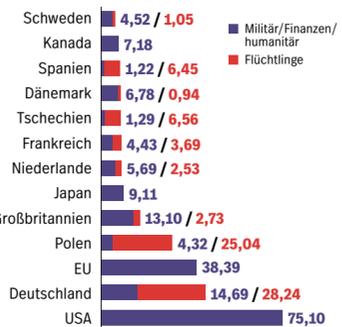
Zudem schließt der EU-Haushalt eine Schuldenfinanzierung grundsätzlich aus (Art. 310 AEUV). Von daher müßte man in Anlehnung an die Europäische Friedensfazilität (davon EFF-Ukrainehilfe 11,1 Milliarden Euro) ein haushaltsexternes Instrument außerhalb der EU schaffen, das sich durch Beiträge von den Mitgliedsstaaten außerhalb des ordentlichen EU-Haushalts finanziert. Daran hätte Deutschland einen Anteil von rund 25 Prozent. Unklar ist auch, wie mit Vermögenserträgen von drei Milliarden Euro der Kreditzins und die Tilgung vonstatten gehen sollen. Auch dürfte die Frage der Haftung für den Ukraine-Kredit zu Diskussionen führen, denn das Land hat nach der Umschuldung und dem Verzicht privater Gläubiger auf 60 Prozent ihrer Forderungen im August das Rating eines „selektiven Zahlungsausfalls“. Die Tilgung erscheint demnach als höchst unsicher.

Schließlich gerät die Rechtfertigung der Hilfen an die Ukraine als Bollwerk westlicher Werte nach dem Bericht des *Wall Street Journal* vom 14. August über die Verantwortung der Führung in Kiew und die wohl direkte Genehmigung der Anschläge auf die Nord-Stream-Pipelines durch den damaligen Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, Walerij Saluschnyj, ins Wanken. Bereits im Juni stellte die Bundesanwaltschaft einen Haftbefehl auf einen hauptverdächtigen Ukrainer aus. Wenngleich nach Ermittlungskreisen derzeit keine Belege vorliegen, so könnte sich der Verdacht des Staatsterrorismus bzw. der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung durch die Ukraine erhärten. Spätestens dann wären weitere deutsche Hilfen an die Ukraine nur noch schwer zu rechtfertigen – Zeit für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen?

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.
► ifw-kiel.de/ukrainetracker

Bisherige Ukraine-Hilfen

Januar 2022 bis Juni 2024 in Milliarden Euro



GRAFIK: QUELLE: UKRAINE SUPPORT TRACKER/IFW KIEL



KONTRAFUNK
Die Stimme der Vernunft

unabhängig, eigenständig,
aus der Schweiz



Live im Internet www.kontrafunk.radio
oder in der App

Neues Programm ab 23.09.2024

24 Stunden
täglich auf Sendung

- ▶ Jeden Werktag live ab 20:05 Uhr die Anruf-Sendung: „Wer spricht?“
Reden Sie mit - in Deutschland, Österreich und der Schweiz unter Tel: 00800 00900 900
- ▶ Montags 19:05 Uhr: „Persönlich“
Das große Porträt-Interview mit Prominenten aus Politik und Kultur
- ▶ Freitags 8:05 Uhr: „Dreiländereck“
Schweizerisch-österreichisch-deutsche Diskussion über Themen und Probleme, die alle betreffen, aber ganz verschieden gelebt und gelöst werden
- ▶ Jeden Mittwoch 12:05 Uhr: Eine aktualisierte Ausgabe von „Kontrafunk aktuell“

Mit einem vielfältigen Mix aus Fachmagazinen über Wirtschaft, Gesellschaft, Recht, Medizin, Schule und Ernährung sowie aus akademischen Vorträgen, literarischen Lesungen, philosophischen Gesprächen, Tondokumenten und Sonntagsgottesdiensten.